

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die schriftliche Einladung nach London.

Die britische Note und die Antwort der deutschen Regierung.

Berlin, 10. Februar. (W. L. W.) Von der hierigen britischen Botschaft ist dem Auswärtigen Amt am 8. Februar folgende Note zugegangen:
Herrn Dr. W. Simons, Minister des Auswärtigen.
Herrn Minister! Ich habe die Ehre, Euer Excellenz zu benachrichtigen, daß ich von Seiner Majestät Regierung Befehl erhalten habe, den Leiter der deutschen Regierung und seine sachverständigen Berater einzuladen, in London am 1. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen. In der Note von Herrn Bland an den Präsidenten der deutschen Delegation in Paris vom 13. Januar angeheftet war, ich soll ferner Euer Excellenz erlauben, die Güte zu haben, so schnell als möglich die Namen der Delegierten und der Berater mitzuteilen. Ich bemerke die Gelegenheit...

Monats datierte Antwortnote an den britischen Botschafter Lord D'Abernon zugestellt worden:
Herr Botschafter! In Erwiderung Ihrer Note vom 8. dieses Monats beehre ich mich, den Empfang der Einladung zu der Konferenz in London am 1. März dieses Jahres zu bestätigen. Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die noch zu übermittelnden Vorschläge der deutschen Regierung erstrecken werden, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, bewillmüthig Delegierte und sachverständige Berater, deren Namen sobald wie möglich angegeben werden sollen, zu der Konferenz zu entsenden. Ich bemerke auch dieses Anlaß...

Sanierung der Berliner Straßenbahn.

Ordnung, Arbeit, Kapital.

Von
Dr. Paul Mohlenlo.
[Manudruck verboten.]

Der Ausschuss zur Festlegung der Rentabilität und Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn hat gestern seine Beratungen abgeschlossen. In weitestlicher Weise sind von mir aufgestellten Vorschläge zur Reform des Straßenbahnbetriebes angenommen. Nur soweit die Revision des Berliner Tarifs für die städtischen Arbeiter die Grundlegung der Beschaffung neuer Betriebskapitals durch die Belegung zum gemeinschaftlichen Sozialistischer Seite gemacht. Es ist ja heute leider so, daß alle Personen und Institutionen einer unbegrenzten öffentlichen Kritik unterliegen; aber sobald die Arbeiterfragen berührt werden, zeigt sich eine geradezu unmüthige Empfindlichkeit. Dabei ist der erwähnte Tarifvertrag darum unmöglich, daß eigentlich die Vertreter des Berliner Magistrats, die ihn abschließen, wie ein Diktatorverdict verhängen.

Vertrauensvotum für Briand.

Die Tagesordnung für „Fortsetzung der Verhandlungen“.

Schlusswort Briands.

(Teleogramm unferes Korrespondenten.)

Paris, 10. Februar. In einer Nachtigung der Kammer, die erst nach Mitternacht zu Ende ging, wurde bekanntgegeben, daß ein **Vertrauensvotum** mit **387 gegen 125 Stimmen** angenommen. Die Abstimmung liefen aber erst, als die Abgeordneten in der Abstimmung enthalten waren. Der Wortlaut der Tagesordnung, die von den Deputierten Fabry und Arago eingebracht worden ist, lautet nach der von der Regierung angenommenen Fassung: „Die Kammer stellt fest, daß die Konferenz von Paris die Solidarität zwischen den Völkern gesichert hat. Sie vertraut dem Ministerpräsidenten, daß die Regierung die schnelle und vollständige Erneuerung Deutschlands fördern, in Bezug auf die **Wiederherstellung der Verhandlungen fortsetzen** und die finanziellen Beziehungen durchziehen wird, die zum wirtschaftlichen Aufwachen Frankreichs notwendig sind; sie vertraut ferner darauf, daß die Regierung gegebenenfalls die Festigkeit behält, die notwendig ist, um diesem Vertrauensvotum, das es von der Staatlichkeit und bedingungsweise gegeben sei. Wer die Berichte über die Kammerverhandlungen liest (die deutsche Presse hat vorläufig noch keinen Zutritt zu der Kammer) kann diese Kritik nicht unrichtig finden. Die Sitzung war ein ganz persönlicher Erfolg Briands. Von dem dem früheren Regensminister Lebouret, dem Reichspräsidenten, Finanzminister und anderen, die Briand in seiner Kammer besuchte, sagt er, daß er sich als ein politischer Redner von Bedeutung erweist, durch Fragen in die Wege getrieben wurde. Mit den Herren Lebouret und Lebouret wurde der Ministerpräsident sehr persönlich leicht fertig. Er kommt nachwiehem, daß die Fehler des Vertrauensvotums nicht von ihm gemacht seien und er trotz der Rüge der Zeit die Eingetretene mit den Verbündeten wieder hergestellt habe, die unter den früheren Regierungen immer bestanden gemeldet sei. Fergest aber jetzt nicht von der Verantwortung, sondern von der Zukunft. Er richtete zwei ganz bestimmte Fragen an den Ministerpräsidenten, auf die eine ebenso bestimmte Antwort gegeben werden mußte. Erste Frage: „Was werden Sie tun, wenn die Deutschen Schwierigkeiten machen und unsere Verbündeten uns in Stücke lassen? Werden Sie eingreifen?“ Zweite Frage: „Frankreich hat seine Beziehungen und Hoffnungen auf Bündnis der Verbündeten errichtet. Wollen Sie dafür einstehen, daß der Prozentanteil Frankreichs an der Kriegsschuld erhöht und daß seine eigenen Verpflichtungen gegen die Verbündeten ermäßigt werden?“ Auf die erste Frage antwortete Briand: „Ich werde alles tun, was in meiner Macht liegt, um ein gewisses Maß Vorzehen des internationalen Friedens zu verhindern. Ich würde jedoch nicht zögern, daß sich ein Vertrag zwischen Frankreich und Belgien, das ich gerade um dieses Ausschusses willen ein beiferer Vertrag bin, als anderer andere.“ (Gebärdet Bellal). Die zweite Frage lehnte der Ministerpräsident gleichfalls ab. Er würde keine Aufhebung der französischen Forderungen versprechen. Wenn diese Antwort die Kammer nicht befriedigte, sollte sie es sagen. Demnach hätte die Abstimmung über die Tagesordnung mit dem geschilderten Resultat.

Die Sitzung wird dann bis 3/4 Uhr unterbrochen. Nach Wiederantritt der Sitzung ließ Finanzminister Briand keine Rede fort und erklärte, daß 1871 bei der Ausfuhr Frankreichs um 230 Prozent gestiegen. Angesichts der großen Bedürfnisse von Europa werde Deutschland denselben Aufwand nehmen. Er schätzte deshalb die abänderungsfähigen Annuitäten auf drei Milliarden im Jahre, was zu fünf Prozent ein Kapital von 64.552.000.000 ausmache. Das ergebe zusammen mit den bestehenden Jahreszahlungen 148 Milliarden Goldmark. Der Anteil Frankreichs betrage also 77.921.000.000. Die Regierung habe energisch die Interessen des Landes verteidigt. Sie werde das in London mit der gleichen Energie und mit dem Wunsch tun, das Maximum zu erlangen.

Gleitsah wird die Diskussion geschlossen. Es werden die verschiedenen vorliegenden Tagesordnungen besprochen. Abschreiter Blet verlangt, daß die Kammer der Regierung Vertrauen schenkt, daß sie für unser Aussehen bringt, daß sie keine Verantwortung übernehmen kann, bevor die Verhandlungen beendet sind, da sie nicht die Zeit habe, die verschiedenen Jiffen zu prüfen. Ministerpräsident Briand sagt, gewiß hätten die verschiedenen Jiffen nicht miteinander abereingekommen. Es sei keine Pflicht, Vertrauen zu verlangen. Er sei Anhänger der englischen Zusammenkunft zwischen der Regierung und dem Parlament. Eine politische Entscheidung habe er volle Verpflichtungen gegeben. Er könne nicht sagen, was die nächsten 42 Jahre bringen. Frankreich gegenüber die Eingetretene der Alliierten aufrechtzuerhalten. Er habe Deutschland hindern wollen, die Alliierten zu trennen. Als man in Walle erlassen habe, habe die Konferenz sich nicht ohne ein Abkommen getrennt habe, habe sich freude bei allen gezeigt. Er beobachte, daß Amerika nicht amewend gewesen sei, aber der Uebertragung der Regierungsgewalt sei in Amerika eine langwierige und bedeutende Angelegenheit. Sätte er mit verständigten Armen warten können? Seine Regierung sei solidarisch mit den vorangegangenen Regierungen. Die Abkommen von Bulgarien und Spaas waren von ihm nicht ignoriert? worden. Man habe daran geteilt, aus dem Ungehörigkeit des Ansehens. Es wäre ein leichtes gewesen, die Kapitalisten zum Treiben, aber was sicher ist, sei, daß Deutschland bezahlen müsse. Wenn man von Wende, angeichts der Rechte Frankreichs, angeichts der Opfer, die es gebracht habe, er widerstand erlauben werde, dann werde man sehen, ob er sich auch sei. Er beobachte, daß diejenigen, die nicht die Verantwortung für die Noth tragen, der Regierung nicht eine andere Weise vorgelegt hätten. Er verlangte eine klare Abklärung. Der Abgeordnete Fergest habe von der Notwendigkeit gesprochen, in London Kompensationen von London, aber die Kammer habe nach dem Abkommen von Bulgarien mit großer Mehrheit Regierung ihr Vertrauen ausgedrückt. In Bezug auf die Kriegsschulden hätte er gern eine Regelung gesehen, er werde aber eine große Austragung in Interesse Frankreichs machen. Es sei nicht schwierig, aus dem Interessent die Verhandlungen in London führen solle, dann müsse ihm die Kammer ein von Seiten kommendes Vertrauen geben.

Einzelne Bestimmungen dieses Tarifs sind ungeheuerlich. Beispielsweise bedarf es nach § 11 bei vorübergehenden Erkrankungen von einem bis drei Tagen der Befreiung eines Arbeitsheimes nicht, wenn die Befreiung durch ein Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit durch eine Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit gemacht werden. In diesen Fällen wird der volle Lohn als Krankentage gewährt. Die Folge dieser Bestimmungen ist, daß allein im verlassenen Monat Januar von der etwa 1400 Mann betragenden Belegschaft der Hauptvertriebs 97 Arbeiter wegen Krankheit fehlten. Fast noch schlimmer ist der § 13, der die Bestimmungen enthält, unter denen die Arbeiterinnen den Lohn auch in der Zeit erhalten, in der sie nicht gearbeitet haben. Dieser Fall tritt beispielsweise ein bei Geburtsfällen in der eigenen Familie, bei Todesfällen in der eigenen und weiteren Familie; und zu dieser weiteren Familie gehören Eltern, Geschwister, Schwäger, Schwägerin, Schwiegereltern, Pflegeeltern und Pflegekinder. Welche Ausnahmen gelten auch bei schweren Erkrankungen, die sich in Arbeitsunfähigkeit befinden, bei der Auffassung eines Arztes, bei Wohnungswechsel, bei Begräbnissen von Arbeitskollegen des Betriebes, bei Beteiligung an Begräbnissen von Vereinstollegen usw. Man muß natürlich ohne weiteres zugeben, daß alle derartigen Anlässe eine Befreiung von der Arbeit notwendig machen können, aber die generelle Arbeit verweigern zu dürfen, um in derartigen Fällen die Arbeit nicht zu unterbrechen, ist dem Arbeiter nicht zu muthmaßen. Der geduldet und pflichtbewusste Arbeiter hat seinen Nutzen davon, aber der Betrieb ist in unthörichte Weise belastet und verneuert. Die sogenannten „loyalen“ Vergütungen sind in der Sache nicht zu verurtheilen, sondern nur zu beklagen. Man kann es durch eben erst vollzogene Kommanalisierung der Straßenbahn bezeugt wird. Sie ist stolz darauf und möchte aus eigener Kraft die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen. Nur ist nichts damit gewonnen, daß man dem Magistrat empfindliches Betriebskapital zu beschaffen, wenn diese sich überhaupt hat, daß er nichts bekommt. Nach sachverständigem Urteil sind im Laufe der nächsten vier Jahre 400 Millionen nötig, um die Erneuerung der Anlagen durchzuführen. Man mag man den Kopf in den Sand stecken und erklären, daß eben dieses Kapital beschafft, oder auch, daß ohne neues Kapital weiter recht und schlecht der Betrieb aufrechtzuerhalten werden müsse, aber die Verhältnisse pflegen immer noch die Menschen zu sein. Was einmal nicht geht, das geht nicht. Sieht man sich aber vor die Ermöglichung, die Berliner Straßenbahn, dieses wichtigste Verkehrsstück der Einheitsgemeinde, langsam dem Ruin entgegenzuführen, der gar nicht aufzuhalten ist, oder durch Uebertragung auf eine anderen Gesellschaftsform das überlebende Kapital zu beschaffen, dann kann es für alle diejenigen, die feine Privatleben verlieren, sondern der Sache nützen wollen, gar kein anderes Mittel als den Uebertrag auf eine Organisation geben, bei der die Kapitalbeschaffung ermöglicht wird.

Von diesen beiden strittigen Fragen abgesehen, hatte sich aus den umfangreichen Verhandlungen der Sachverständigen eine weitgehende Uebereinkunft innerhalb des Ausschusses herausgebildet. Es liegt auch auf der Hand, daß es leichter Gutes geht, wenn man mehrere Mittel gibt, als die einzigen, die schließlich die Aufgabe des neuen Verkehrs in Berlin eine Lebensnotwendigkeit ist, wieder in die Höhe zu bringen, als Ordnung und Arbeit. In der Ordnung hat es bisher gefehlt. Teils handelt es sich dabei um frühere Sünden, die sich aus Krieg und Revolution ergaben und durch die unklaren Beziehungen zwischen der Altkommune zum Berliner Magistrat verwickelt sind, teils kommen sehr erhebliche Mängel des neuen Verkehrs in der Stadt zum Vorschein. Beispielsweise war die überalterte Belegschaft der früheren Direktion eine Tochter mit weittragenden Konsequenzen. Das alles läßt sich nicht mehr ändern. Wohl

Paris, 9. Februar. (W. L. W.) In weiteren Details der Admittationsfrage der Kammer erklärte der Abgeordnete Fergest, er schätze den Nachah an der französischen Forderung selbst bei den höchsten Bewertungen auf 6 Milliarden Goldmark. Das bedeute ein Loch von fünf Milliarden. Wie solle man das verstopfen? Der Abgeordnete Fergest hat den Ministerpräsidenten, ob seine Bewertung richtig sei, dahin beantwortet, er gebe gerne auf, daß man auf die Gesamtheit der Forderungen große Rücksicht nehmen und dabei einsehen müsse, daß die Einkommen aller Alliierten zu erlangen. Er werde später über die Worte und die Romanzationen sprechen.

Der Abgeordnete Fergest sagt weiter, Frankreich wolle den Frieden, es verlange nur sein Recht. Er sei der Ansicht, daß man es ergreifen müsse, um bezahlt zu werden. Dortwärts sind die Leistungen von Lord George heute erfolgt, man könne nicht noch England kompromittieren, aber für Frankreich seien

(Fortsetzung siehe Seite 2.)